

# Gewalt in Südafrika

## Eine Analyse

---

**Seit August dieses Jahres haben die Kämpfe in den Townships des Transvaal annähernd tausend Menschen das Leben gekostet. Von verschiedenen europäischen Medien werden die blutigen Auseinandersetzungen oft als "Stammeskämpfe", "Zusammenstöße rivalisierender Gruppen", Kämpfe "Schwarzer gegen Schwarze", "Zulus gegen Xhosas", "Inkatha gegen ANC" beschrieben.**

---

Der anglikanische Erzbischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu verwahrt sich gegen eine solch simplistische Interpretation "et qualifie de

'mensonger' l'argument tribal pour expliquer les récents affrontements" (1). Der frühere Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates Dr. Beyers

**Die  
Homeland-  
Politik hatte  
zur Folge, daß  
in der Provinz  
Natal das  
Homeland  
KwaZulu  
entstand: 61  
unzusammen-  
hängende  
Einzelteile  
und 140  
winzige  
"schwarze  
Punkte".**

Naudé analysiert die aktuelle Situation: "Grundsätzlich, was hier stattfindet, ist nicht Gewalt Schwarz gegen Schwarz... es ist grundsätzlich die Politik der Apartheid, die das verursacht" (2). Um dieses Statement im Kontext der südafrikanischen Realität besser zu verstehen ist ein kurzer Einblick in die Geschichte der sogenannten "Gewalt unter Schwarzen" unerlässlich.

## **Vorgeschichte der heutigen Auseinandersetzungen: Gewalt in Natal.**

Die seit 1948 strikt angewandte Apartheid-Politik hatte den schwarzen Einwohnern Südafrikas zwangsweise über 100 Landflecken als Homelands zugewiesen: 13% der Fläche des Landes für 75% der Bevölkerung! Die Grenzen dieser Homelands wurden nach wirtschaftlichen Interessen gezogen: fruchtbarer Boden, Wasserläufe, gute Infrastruktur, Rohstoffe fielen den "weißen" Gebieten zu. Die Schwarzen wurden nach "ethnischen" Kriterien auf die ihnen zugewiesenen Landflecken verteilt, mit der wahrheitswidrigen Begründung, die Homelands seien die ursprünglichen Heimatgebiete der verschiedenen "Eingeborenenstämme". Diese Homeland-Politik der südafrikanischen Regierung verfolgte mehrere Ziele: - Kontrolle der Weißen über 87% des besten Landes, über fast alle Rohstoffe etc.; - Schaffung eines Reservoirs aus billigen Wanderarbeitskräften: die sehr armen Homelands sind wirtschaftlich nicht lebensfähig und können nur wenige Arbeitsplätze anbieten; - Verstärkung oder Erzeugung eines neuen "Zusammengehörigkeitsgefühls" der verschiedenen "Ethnien": Zulu, Xhosa, Ndebele, Venda etc.; - Gewährung der "Autonomie" und später der "Unabhängigkeit", was nichts anderes als eine Ausbürgerung der schwarzen Bevölkerung aus der von der weißen Minderheit beherrschten Südafrikanischen Republik bedeutete.

Diese Homeland-Politik hatte zur Folge, daß in der Provinz Natal das Homeland KwaZulu entstand: aus 61 unzusammenhängenden Einzelteilen und 140 winzigen "schwarzen Punkten"! In diesem künstlichen Gebilde der weißen Apartheid-Politik bildete sich dann in den sechziger Jahren eine politische Klasse heraus, "deren dominierende Gruppe die Chiefs und deren Machtgrundlage die Regierungsorgane des Homelands und dessen Budget waren" (3). Ein Nachkomme der Zulukönige, Gatscha Buthelezi, seit 1972 Chief Minister von KwaZulu, gründete im Jahre 1975 Inkatha als "nationale kulturelle Befreiungsbewegung". Inkatha ist eine Mischung aus staatlicher Einheitspartei KwaZulus und populistischer sozialer Bewegung. Polizei, Lehrer, Staatsbedienstete sind praktisch zur Mitgliedschaft verpflichtet. Die Ideologie der Organisation wird in den Schulen offiziell propagiert. Wer gerne eine Wohnung, einen Arbeitsplatz usw. hätte, dem wird "angeraten" Mitglied von Inkatha zu werden. Buthelezi gelang es dann auch die Geschäftsleute der Townships Natsals auf seine Seite zu ziehen. "Die politische Klasse KwaZulus und die Händler der Townships stellten schließlich einträchtig den größten Teil der Führung Inkat-

has und der staatseigenen Entwicklungsgesellschaft KwaZulus und gründeten 1979 einen Inkathaeigenen Konzern, der mit weißen Konzernen zusammenarbeiten begann." (4) Als Chief Minister von KwaZulu, eines von der weißen Regierung völlig abhängigen Homelands, als Chef der Inkatha, deren Führung sich größtenteils aus den traditionellen Chiefs des Homelands und den Händlern der Townships zusammensetzte und als Mitverwalter eines mit den Weißen zusammenarbeitenden Konzerns konnte und wollte Buthelezi weder einen ernsthaften Konflikt mit dem weißen Regime, noch eine Verletzung der Interessen der Führungskader von Inkatha in Kauf nehmen. Buthelezi stellte sich also gegen alle Massenbewegungen der Schwarzen, die gegen die Apartheid protestierten (Schulboykott, Streiks usw.) und lehnte auch deren Sanktionsforderungen zur Abschaffung der Apartheid ab, obwohl er verbal die Apartheid aufs heftigste angriff. Durch diese zwiespaltige Haltung wurde Buthelezi, auf der einen Seite, von einem liberalen Teil der Weißen und des Big Business als der entscheidende moderate schwarze Verhandlungspartner der herrschenden National Party (NP) angesehen: denn spätestens seit den Soweto-Aufständen (1976) war eine Minorität der Weißen von der Unumgänglichkeit einer minimalen Machtbeteiligung der schwarzen Bevölkerung überzeugt. Auf der anderen Seite aber erschien die Stellung Buthelezis als Chief Minister von KwaZulu und seine Verurteilung der erwähnten demokratischen Massenprotestbewegungen den schwarzen Südafrikanern als reinste Kollaboration mit dem verhassten Apartheidregime: Buthelezis Popularität außerhalb Natsals ging sehr stark zurück.

In Natal war Buthelezis Einflußverlust mit der Geschichte des Bürgerkrieges verbunden. Als die Sammelbewegung aller Anti-Apartheidbewegungen UDF (United Democratic Front) sowie der 1985 gegründete Gewerkschaftsdachverband COSATU immer größeren Zulauf erhielten, versuchte Inkatha mit Hilfe der Polizei KwaZulus diese Organisationen gewaltsam zu zerschlagen. "Der Konflikt mit COSATU eröffnete den Bürgerkrieg in Natal. Er ist zweifellos von den elenden Lebensbedingungen der Afrikaner, von wachsender Arbeitslosigkeit und Inflation mitverursacht. Wesentlich sind aber die politischen Ursachen, nämlich die Überlagerung der Rivalität zwischen Inkatha sowie COSATU und UDF mit lokalen Konflikten. Etablierte Eliten wie Stadträte, Händler und Chiefs sahen ihre Stellung durch Bürger- und Gewerkschaftskomitees bedroht, die meist COSATU oder der UDF angehörten, und begannen, diese mit Hilfe bewaffneter Banden (impis) zu terrorisieren, die sie aus ihrer Klientel rekrutierten... Da aber in Natal diese Eliten oft einflußreiche Inkathamitglieder waren, benutzten sie Inkatha und innerhalb des Homelands die Polizei KwaZulus gegen ihre Gegner. Das Regime schürte diese Kämpfe und begünstigte Inkatha massiv. Als im Mai 1987 Inkathaführer, sogenannte warlords, in Hochburgen der UDF bei Pietermaritzburg gewaltsam Mitglieder rekrutieren wollten, organisierten sich die betroffenen Townships und schlugen zurück. Seitdem bekämpfen sich Gebiete, die verfeindeten Gruppen angehören. Alle Versuche, durch ein Ab-

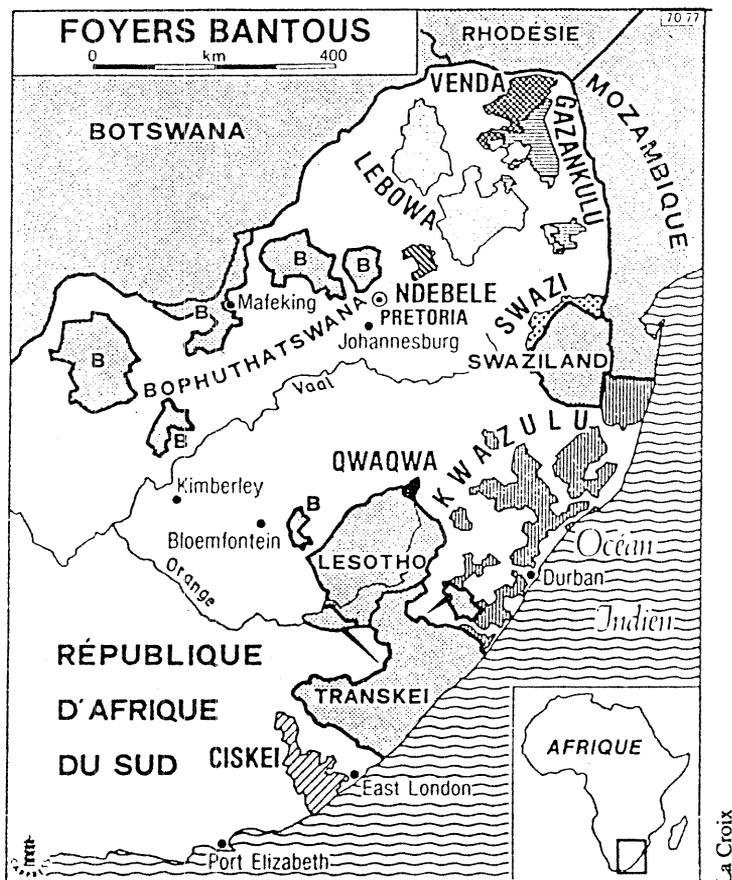
kommen zwischen Inkatha, der UDF und COSATU die Gewalt zu beenden, sind entweder an Interventionen Pretorias gescheitert oder aber an dubiosen Manövern Buthelezi und daran, das sich Inkatha nicht an getroffene Vereinbarungen hielt... Inzwischen hatten sich weitere Einbrüche in Buthelezi's Machtbasis abgezeichnet. Teile des Big Business suchten ab 1985 Kontakte mit dem ANC, dessen Popularität ständig wuchs. Der Krieg in Natal konnte sie nur in der Einschätzung bestätigen, daß für die Wiederherstellung politischer Stabilität eine Einigung mit dem ANC wichtiger war als mit Buthelezi, denn dieser war nicht mehr in der Lage, Proteste der Schwarzen zu kontrollieren. 1986 nahm die nationale südafrikanische Handelskammer Kontakt zum ANC auf, und das führte nach heftigen Attacken Buthelezi zur Spaltung der Kammer in Natal, wo sich vor allem städtische Händler von dem Premier KwaZulus abwandten. 1989 liefen sogar einige Zulu-Chiefs und ein Mitglied der Königsfamilie zu dem 1987 gegründeten, der UDF angeschlossenen Council of Traditional Leaders of Soth Africa über." (5) Buthelezi war ins politische Abseits geraten.

## Der Kampf um die Macht

Seit der ANC und die weiße Regierung miteinander verhandeln und zu wichtigen Übereinkünften in ihren "Verhandlungen über die Verhandlungen" kamen, stand Buthelezi's Inkatha unter Zugzwang. So beschloß Inkatha am 14. Juli 1990 sich in eine nationale politische Organisation zu verwandeln, obwohl sie und ihr Chef außerhalb Natals kaum über das Vertrauen von mehr als 2 bis 5% der schwarzen Bevölkerung verfügen. Von der weißen Regierung als Verhandlungspartner gemieden, mit drastisch abnehmender schwarzer Anhängerschaft, sah Buthelezi nur noch eine Möglichkeit um an Verhandlungen teilnehmen zu können: Gewalt. Südafrikas Wirtschaftsmagazin "Financial Mail" beschrieb dies treffend: "Inkatha wurde von der Geschichte überrollt und scheint, da sich die Spielregeln der politischen Arena laufend ändern, dazu bestimmt ins Abseits gedrängt zu werden. Viele Beobachter gehen davon aus, daß das hohe Ausmaß an Gewalt in Natal z.T. damit zu erklären ist." (6) Aber nicht nur in Natal! So führt der katholische Erzbischof Denis Hurley die Eskalation der Gewalt in Transvaal auf die Angst des Zuluhäuptlings Buthelezi vor unwiderruflichem Machtverlust zurück: "Er hat Angst. Er verliert an politischem Boden und will sich dadurch, daß er seinen Terror jetzt auch in die Städte im Zentrum trägt, an den Verhandlungstisch bringen." (7) Diese Analyse von Erzbischof Hurley wird eindeutig von diversen Aussagen Buthelezi's bestätigt: "La violence augmentera, si Mandela n'accepte pas de négocier directement avec moi." (8) Wenn er, Buthelezi, seinen Anhängern freie Hand gebe, "werde es ein furchteinflößendes Spektakel absoluter brutaler Macht geben, das den ganzen Mist aus dem Pietermaritzburggebiet wegwischt" (9) (mit "Mist" ist hier der dem ANC nahestehende Gewerkschaftsdachverband COSATU gemeint). "Von jetzt an müssen wir uns in den Kriegszustand begeben... In den Krieg zu ziehen gegen etwas, was uns bedroht,

ist etwas, was wir als Zuluführer verstehen, und es ist etwas, was das Beste in uns zur Geltung bringt." (10)

Diese Aufrufe mobilisieren natürlich die Zulu-Wanderarbeiter in den "Hostels": "Ces travailleurs déracinés vivent entassés dans des locaux exigus et insalubres, au milieu d'une population dont ils ne partagent ni la vie ni les préoccupations et dont ils finissent par envier le sort. Ils sont ainsi des proies faciles pour ceux qui savent exploiter leurs frustrations au profit de leurs ambitions politiques. Ces sans-famille, souvent sans emploi, noient leur solitude dans l'alcool. Ils n'ont pas grand chose à perdre et acceptent volontiers de servir d'hommes de main à quelque seigneur de la guerre en mal de troupe. A l'instigation de l'Inkatha, les Zoulous, qui, beaucoup plus que d'autres ethnies, ont l'humeur belliqueuse, ont ainsi joué les auteurs de troubles." (11) Angst und Haß, den diese Männer aus dem Krieg in Natal mitgebracht haben, werden natürlich durch die von Inkatha-Leuten gestreuten Gerüchte, daß der ANC zur Vernichtung der Zulus ansetzen wolle, gestärkt. Die Hostels werden zu einem wahren Pulverfaß. "C'est là en effet que le 'feu' a pris, de là que les Zoulous, manipulés par des agents du mouvement Inkatha et par certains éléments de la police, ont organisé des expéditions punitives dans Soweto. Ils ont très vite trouvé sur leur chemin des militants de l'ANC qui ne demandaient peut-être pas mieux que d'en découdre avec eux et des forces de l'ordre paraît-il 'débordées'. Au bout du compte, il y aura eu cent vingt-trois morts dans ce seul ghetto noir." (12) Si Buthelezi, "ce politicien retors et quelque peu mégalomane manipule des membres de son ethnie, il est



**Diese unheilige Allianz wirft die Frage auf, ob die weiße Regierung die Sicherheitskräfte noch unter Kontrolle hat.**

lui aussi très probablement manipulé par ceux qui, au sein de la communauté blanche, prônent le statu quo. Ils trouvent en effet plus habile et plus sage d'agir par personnes interposées pour tenter de bloquer le processus de négociation. Il est ainsi avéré que lors des récents affrontements certains éléments de la police ont couvert des agissements criminels des commandos de l'Inkatha." (13) Diese Beobachtungen von "Le Monde" werden von den Dritte-Welt- Zeitschriften "blätters des iz3w", "croissance des jeunes nations", "Dritte Welt", epd, EPN, "informationsdienst südliches afrika", "SouthScan" sowie von den südafrikanischen Zeitungen "Star", "New Nation", "Cape Times" etc. bestätigt. Diejenigen innerhalb der weißen Gemeinschaft, die den Status quo aufrechterhalten wollen, Buthelezi teilweise manipulieren, ihn mit Waffen beliefern und die Ausschreitungen Inkathas unterstützen, werden vom "Institute for Contextual Theology" und auch von anderen kirchlichen Organisationen als "Dritte Kraft" identifiziert, eine "Kraft" die sich mit allen Mitteln einer Verhandlungslösung mit dem ANC widersetzen will.

### **"Dritte Kraft" steuert Gewalt**

Es steht außer Zweifel, daß die weiße (extrem-)Rechte keine Verhandlungslösung mit dem ANC will. Andres Treurnicht, Chef der extremen Konservativen Partei (KP) und Eugene TerreBlanche, Chef der rechtsextremen, neo-faschistischen "Afrikaner Weerstandsbewegung" (AWB) wenden sich öffentlich gegen die Abschaffung der Apartheidstrukturen. Ein Teil der Polizei, besonders aber die "Special Forces" und das berühmte CCB (Civil Co-Operation Bureau), das sich weltweit durch die Ermordung von Anti-Apartheidaktivisten auszeichnete, stehen diesen politischen Bewegungen sehr nahe. So ist z.B. ein pensionierter Polizei-Oberst Chef von über 100 "Kommandos" der AWB (14). Inkatha-Leute wurden von den Special Forces ausgebildet (15). Weiße mit geschwänzten Gesichtern nehmen an den Inkatha-Übergriffen teil (16) und beliefern die "Hostels" mit Waffen. Die südafrikanische Menschenrechtskommission berichtet über spezielle Schlägerkommandos, die gegen Apartheidgegner eingesetzt werden und ihre Befehle direkt von der Polizei und der Armee erhalten.

Diese unheilige Allianz zwischen Weiß und Schwarz, zwischen Rechtsradikalen, Mitgliedern der Streitkräfte und Inkatha wirft die Frage auf, ob die weiße Regierung die Sicherheitskräfte noch unter der Kontrolle hat. Oder überhaupt kontrollieren will? "Le très respectable quotidien de Johannesburg, le Business Day, qui reflète l'opinion et l'inquiétude des milieux d'affaires, vient de hausser le ton. Il ne demande rien de moins que la 'tête' de M. Adriaan Vlok, le Ministre de la loi et de l'ordre, dont l'incapacité à gérer la crise n'est, à ses yeux, plus à démontrer." (18) Es könnte aber auch sein, daß der Minister für Gesetz und Ordnung, dem es bis jetzt immer gelungen ist, die "Ordnung" der Apartheidgesetzgebung gegenüber den Apartheidgegnern aufrechtzuerhalten, an einer engen Kontrolle seiner Sicherheitskräfte nicht allzuviel gelegen ist. Die

Polizei "unterstützt die Aggression der informellen oder geheimen Gruppen in Südafrika, der vigilantes oder von Inkatha- Mitgliedern, oder sie läßt diese zumindest gewähren. Zumal sich dann, wenn Bewohner angegriffener Townships zur Gegenwehr greifen, für die Polizei Gründe zum Eingreifen in der Rolle des scheinbar neutralen Schlichters ergeben. Das gilt erst recht bei verzweifelten Aktionen der Angegriffenen, wie sie aus Natal und Transvaal immer wieder berichtet werden: Sei es, daß Jugendliche unterschiedslos Busse mit Steinen bewerfen, die in Richtung von Inkatha-Hochburgen fahren, wie in Natal geschehen... oder auch, daß Inkatha-Anhänger ihrerseits auf bestialische Weise ermordet werden. Wenn so beide Seiten Gewalt ausüben, können Polizei und Armee umso eher den Anspruch erheben, Ordnungsmacht zu sein. Im konkreten Fall aber erweist sich dieser Anspruch als Versuch zur Verschleierung der Ursachen der Gewalt und der Verantwortlichkeit auch in Einzelkonfrontationen" (19). Die Gewalt in den Townships wird dann nicht primär "als Ausdruck des Apartheidsystems verstanden, was zugleich die Verantwortung des südafrikanischen Staates und de Klerks als dessen höchsten Repräsentanten impliziert hätte" (20). Der südafrikanische Staat kann dann als weitgehend unbeteiligt auftreten, als notwendige Ordnungsmacht zwischen "wild" gewordenen Schwarzen, und De Klerk kann sich weiter als glaubwürdiger Vertreter "unumkehrbarer Schritte" zur Überwindung der Apartheid profilieren. De Klerk kann sich außerdem auf die Kämpfe "unter Schwarzen" berufen, um Inkatha als mit dem ANC gleichberechtigten Partner zu den Verhandlungen einzuladen. Die Position der Apartheidgegner ANC, UDF, MDM usw. wäre entscheidend geschwächt und De Klerk könnte eventuell gewisse weiße Privilegien, Minderheits- oder Vetorechte in die neue Verfassung einschreiben lassen.

Die unheilige Allianz zwischen Rechtsradikalen, Teilen der Sicherheitskräfte und Inkatha - von Regierungsvertretern abgesegnet oder zumindest geduldet - pokert aber sehr hoch. Jugendliche Apartheidgegner sind nicht mehr gewillt sich einfach, ohne Gegenwehr, abschlagen zu lassen. "Comrades" des ANC rufen nach Waffen um sich gegen Inkatha und weiße Helfershelfer zu verteidigen: "Wir unterstützen den ANC, aber wo ist der ANC? Wir brauchen Waffen." (21) Die ganze Anti-Apartheidbewegung wird auch keine neue Verfassung akzeptieren, die unter versteckter Form weiße politische und wirtschaftliche Privilegien fortschreiben wird. Dies wird die ethnischen Spannungen in einer Gesellschaft, in der alles nach ethnischer Zugehörigkeit getrennt ist, nur verschärfen. Die Überfälle der Inkatha-Banden erzeugen Gegenwehr und Revanche, die wiederum die Inkatha-Haßgefühle nähren - ein Kreislauf, der nicht so leicht zu durchbrechen ist. Auch Verhandlungen auf höchster Ebene zwischen Inkatha und ANC werden nicht automatisch die blutigen Überfälle eindämmen, denn die Verselbständigung der Konflikte auf unterer Ebene spielt schon jetzt eine große Rolle beim Fortgang der Kämpfe (22).

## Unsere Verantwortung

Eine entscheidende Voraussetzung um aus diesem Teufelskreis der Gewalt auszubrechen liegt "in der tatsächlichen Umsetzung der südafrikanischen Gesetzgebung: die Verhaftung und Bestrafung der Mörder und ihrer Auftraggeber und die ernsthafte Untersuchung aller Überfälle mit wirksamem Schutz für die Zeugen" (23). Dies ist natürlich nur zu bewerkstelligen durch eine "Demokratisierung" der Polizei, die vom liberalen Politiker van Zyl Slabbert verlangt wird (24). Dementsprechend fordert der Nobelpreisträger Erzbischof Desmond Tutu die Regierung auf, "zu handeln, um die Polizei und die Armee zu säubern und von Elementen zu befreien, die den Friedensprozeß in Südafrika aus dem Gleis werfen können" (25). Um den Konflikt in Südafrika zu beenden, schlagen Desmond Tutu und der südafrikanische Kirchenrat freie, demokratische Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung vor. Diese freien Wahlen würden allen gewählten Volksvertretern die nötige, demokratische Legitimität geben um eine neue Verfassung auszuarbeiten. De Klerk und Inkatha lehnen aber bis jetzt die Wahl einer solchen verfassunggebenden Versammlung ab. Könnte dies nicht ein Eingeständnis der Angst vor freien Wahlen sein, Wahlen, welche die fehlende demokratische Legitimation der National Party sowie Inkathas klar unter Beweis stellen würden?

In dieser komplexen Situation gilt es also weiterhin Druck auf De Klerk auszuüben. Die südafrikanischen katholischen Bischöfe haben sich erst kürzlich wieder für eine Aufrechterhaltung der Sanktionen ausgesprochen (26). Liberale weiße Wirtschaftsvertreter und Politiker warnen vor einer zu schnellen Aufhebung der Sanktionen, so z.B. Zach de Beer,

Chef der Demokratischen Partei und Frederik van Zyl Slabbert, ehemaliger Fraktionschef der Liberalen Partei (PFP) und jetziger Direktor von IDASA (27). Sogar der Direktor von Shell Südafrika verlangt die Aufrechterhaltung wichtiger Sanktionen (z.B. Investitionsstop) als Druckmittel (28). Druck auf die weiße Regierung ist also unerlässlich. De Klerk soll und muß überzeugt werden unabhängige Untersuchungskommissionen einzusetzen um die Ursachen und Akteure der Gewalt zu ergründen, die Verantwortlichen der Ausschreitungen vor Gericht zu stellen, weiße Helfershelfer zu entlarven, die Polizei und Armee von rechtsextremen Elementen zu säubern und unter Kontrolle zu halten, diese Maßnahmen auch von Buthelezi und seiner Inkatha zu verlangen, sowie die nötigen Freiheiten zu garantieren um freie, unabhängige, demokratische Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung zu ermöglichen. Erst ein solches demokratisches Instrument hätte die notwendige Legitimation um im Namen des ganzen Volkes eine neue Verfassung auszuarbeiten.

**Mathias Flammang**

(1) Le Monde 29.8.90 (2) Dritte Welt 10/90 S. 26 (3) blätter des iz3w Nr. 166 S. 17 (4) id. (5) blätter des iz3w Nr. 166 S. 19,20 (6) FM 29.6.90 (7) EPN 10/90 S. 17 (8) Le Nouvel Afrique n. 12 p. 25 (9) zitiert nach Weekly Mail 20.4.90, bl. des iz3w Nr. 166 S. 20 (10) informationsdienst südliches afrika (isa) 5/90 S. 6 (11) Le Monde 29.8.90 (12) id. (13) Le Monde 28.8.90 (14) focus Nr. 90 S. 8 (15) Weekly Mail 21.9.90 (16) Le Monde 11.9.90, 22.9.90 (17) Le Monde 8.9.90 (18) Le Monde 15.9.90 (19) isa 5/90 S. 6 (20) isa 5/90 S. 5 (21) Weekly Mail 14.9.90 (22) cf. isa 4/90 S. 18; Dritte Welt 10/90 S. 28 (23) isa 4/90 S. 18 (24) Star 27.8.90; isa 5/90 S. 8 (25) SouthScan 14.9.90; isa 5/90 S. 8 (26) LW 17.8.90 (27) NRC Handelsblad 7.9.90 (28) NRC Handelsblad 10.9.90